Suffizienz und die Verteilungsfrage

Autor(en): **Glättli, Balthasar**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **31 (2011)**

Heft 60

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652116

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Balthasar Glättli

Suffizienz und die Verteilungsfrage

Die Energiewende macht seit Fukushima nicht nur Schlagzeilen. Der Super-GAU in Japan, einem hochindustrialisierten Land, hat zu einem bemerkenswerten Bewusstseinswandel geführt, der auch erste politische Richtungswechsel zur Folge hatte. Bezeichnend dafür sind der als „historisch" gewertete Antrag einer Bundesratsmehrheit, auf den Bau neuer Schweizer AKW zu verzichten, sowie die Kehrtwende der deutschen Bundeskanzlerin Merkel Anfang Juni, den von der schwarz-gelben Koalition aufgeschobenen Atomausstieg nun wieder voranzutreiben.

Kommentatoren befürchten nun, dass den Grünen angesichts dieser Entwicklung ein Kernthema abhandenkommen könnte (Gathmann / Medick 2011). Sie verkennen dabei, dass die Energiewende weit grössere Auswirkungen hat, als dies auch viele Grüne zu denken wagen. Denn beim Verweis auf die „Grenzen des Wachstums" darf nicht unterschlagen werden, dass die ökologische Krise im wesentlichen eine Verteilungskrise ist, deren umfassende Lösung die Strukturen und Mechanismen der heutigen Wirtschaftsordnung grundlegend infragestellt.[1] Jenseits der beschäftigungspolitischen Versprechungen des Green New Deal, jenseits der technischen Visionen einer Entkopplung von Wachstum und Naturverbrauch warten Herausforderungen, die mit technischen Lösungen alleine nicht gemeistert werden können. Konzeptionen und politische Strategien einer politischen Ökologie, welche darauf Antworten sucht, sind erst in Grundzügen vorhanden (Glättli 2008) und spielen höchstens verzerrt in die aktuelle Debatte um die Energiewende hinein.

Geborgter Fortschritt: der Preis des Wachstums

Wie tiefgreifend der ökologische Wandel die bisherigen Strukturen ändern müsste, ist vielen nicht bewusst. Ein Blick in die Geschichte verdeutlicht die Dimension dieser Herausforderung. Die rasante Entwicklung des Industrie-Kapitalismus in den letzten zweihundert Jahren ist zentral mit der Ausbeutung nicht erneuerbarer Energien verbunden. Auch wenn das kapitalistische Weltsystem lange vor dem fossilen Zeitalter entstand (Altvater 2011, 16), baut die Industrialisierung wesentlich auf dem technischen Fortschritt der Energiegewinnung auf. Der immer raschere Abbau von Kohle und Erdöl machte fossile Energieträger zu einer selbstverständlichen Grundlage der Wirtschaft. Die 1712 erfundene Dampfpumpe ermöglichte es erstmals, einen Teil der gewonnenen Kohle selbst in ihre Förderung zu „investieren" und damit in den Bereich der Skalenökonomie zu gelangen (Hänggi 2011a, 20-29). Damit wurde eine welthistorisch einmalige Wachstumsdynamik angestossen. Altvater (2011, 17) zitiert OECD Studien,

nach denen seither jede Generation im Schnitt doppelt so reich ist wie die vorangegangene.

Der Preis dafür ist aber gross. Der Naturverbrauch stieg fast in der gleichen Grössenordnung. Globaler Klimawandel und steigende Umweltverschmutzung sind nicht mehr abzustreiten. Im sozialen Bereich führte die Wachstumsdynamik auch zu steigenden Ungleichheiten sowohl innerhalb der industrialisierten Länder (OECD 2008) als auch auf internationaler Ebene. Über Jahrzehnte war extrem billige Energie selbstverständlich verfügbar, was zu einer eindimensionalen Wachstumsfixierung von Wirtschaft und Gesellschaft geführt hat.

Ein Paradigmenwechsel liegt momentan in weiter Ferne – im Gegenteil: Wir bewegen uns weiter in eine Sackgasse hinein. Nun gibt es immerhin Anstrengungen, einen „Kapitalismus mit grünem Antlitz" zu finden. Aber genügen diese Bestrebungen nach ökologischer Modernisierung und Effizienzsteigerung? Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden.

Green New Deal allein reicht nicht

Wie Tim Jackson, der Wirtschaftsbeauftragte der britischen Sustainable Development Commission (SDC), ausführt (2011, 115-129), reagierten auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur grüne Kreise mit dem Vorschlag, die Wirtschaft technologisch umzustellen und massiv im ökologischen Bereich zu investieren. Dieser Green New Deal sollte zukunftssichere neue Arbeitsplätze schaffen. Im Zentrum standen Gebäudesanierungen, Investitionen in den Öffentlichen Personen- und Güterverkehr, in Smart Grids, Windkraft und Sonnenenergie.

Die linke Kritik am Green New Deal hält fest, dass in diesem Konzept die verteilungspolitische Frage ausgeblendet wird. „Das große Schlagwort der Green New Deal-Konzepte ist die ökologische Modernisierung. Fragen der Machtverteilung in der Gesellschaft werden nicht gestellt", bringen Ploetz und Kalmring (2010) diese m.E. sehr zutreffende Kritik auf den Punkt.[2] Aber wurden zumindest die umweltpolitischen Ziele erreicht? Trotz breiter politischer Akzeptanz blieb auch vom ökologischen Versprechen grüner Konjunkturpakete eher wenig übrig. Eine Studie der HSBC schätzt den Anteil an „grünen" Ausgaben in internationalen Konjunkturprogrammen auf gerade einmal 15 Prozent. Damit machte die grüne Komponente weniger als ein Viertelprozent des globalen BIP aus, und die ökologische Wirkung dieser Programme wurde durch andere Bestandteile der Pakete (z.B. Investitionen in den Strassenbau) konterkariert (Jackson 2011, 123-125).

Der Versuch, ökologisches Effizienzdenken mit beschäftigungswirksamen Investitionen zu verbinden, führte also nicht zu einer wesentlichen Ökologisierung. Das verwundert, aber nur auf den ersten Blick. Investitionen in Effizienzsteigerung als Lösungsansatz lassen sich bestens im

geläufigen Fortschritts- und Wachstums-Denken verorten und erfordern kein systematisches Umdenken.

Allerdings zeigt sich nicht nur hier, dass selbst Wirtschaftsvertreter, die sonst als kompromisslose Marktapologeten auftreten, die Verfügbarkeit billiger Energie zur Staatsaufgabe erklären. Dabei wäre beispielsweise eine sogenannte Stromlücke nach dem Abschalten von AKWs nichts anderes als eine Chance, den in den letzten Jahren verdoppelten Pro-Kopf-Stromverbrauch in der Schweiz mit marktwirtschaftlichen Anreizen (massive Preissteigerung) zu drosseln. Die dabei erzielten Gewinne könnten, da die Elektrizitätswerke mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören, durchaus für eine soziale Abfederung der Tarife und sinnvolle ökologische Investitionen verwendet werden (Hänggi 2011b).

Grenzen der Effizienzrevolution zeigen Grenzen des Wachstums

Ohne eine absolute Mengenbeschränkung allerdings treten bei Effizienzsteigerungen Rebound-Effekte ein. Sie wirken nicht nur auf der individuellen psychologischen Ebene einzelner KonsumentInnen – so fahren Auto-Besitzer nach dem Erwerb eines umweltfreundlicheren Hybridmodells wesentlich längere Strecken als früher. Effizienzsteigerungen setzen auch finanzielle Mittel frei und stiften dadurch Anreize zum Mehrkonsum – oft des gleichen Gutes. Entsprechend wird der Outcome massiv geschmälert oder im Extremfall gar ins Gegenteil verkehrt („Backfire", Kaiser / Vllasaliu 2011).

Ob ein breiter umgesetzter Green New Deal wirklich die erhoffte Wirkung hätte, muss demnach ernsthaft bezweifelt werden. Aber selbst bei einer Ausschaltung des Rebound-Effekts wäre es illusorisch zu glauben, das gegenwärtige Wirtschaftswachstum könne grundsätzlich beibehalten und die ökologischen Limiten allein mittels Effizienzsteigerung eingehalten werden.

Zwar sinkt heute punktuell der Umweltimpakt im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, jedenfalls was die zentralen Faktoren Energieintensität und CO2-Ausstoss betrifft. Global betrachtet findet aber höchstens eine bescheidene relative Entkoppelung statt. Wenn aber, wie der Weltklimarat (IPCC) fordert, nicht bloss eine Verlangsamung, sondern eine globale Senkung der CO2-Emissionen nötig ist, um das Klimaschutzziel von 450ppm CO2 nicht zu überschreiten, dann wäre dies nur bei einer absoluten Entkoppelung vereinbar mit einem weiter fortschreitenden Wirtschaftswachstum (Jackson 2011, 81). Jackson kommt deshalb zum ernüchternden Schluss, dass „die naive Annahme, die Tendenz des Kapitalismus zur Effizienz werde uns erlauben, das Klima zu stabilisieren oder uns vor Ressourcenknappheit zu schützen, schlichtweg eine Wahnvorstellung" sei (2011, 98).

Darum braucht es weiterreichende Strategien. Dies umso mehr, als nicht nur Erdöl, sondern auch andere Rohstoffe in absehbarer Zeit ihren Peak erreichen. Dramatisch könnte dies rasch im Bereich der seltenen Erden werden. Aber selbst „Kupfer, Zinn, Silber und andere Mineralien wären in weniger als 40 Jahren verbraucht", wenn der Rest der Welt ebenso viele Ressourcen verbrauchen würde wie die USA (Jackson 2011, 31). Um den Ressourcenverbrauch zu minimieren, muss darum auch die Konsistenz der Wirtschaft erhöht werden: Dies bedeutet einen Umbau von der Wegwerf- hin zu einer Kreislaufwirtschaft, wie dies die Grünen mit ihrer aktuellen Volksinitiative fordern (Grüne Schweiz 2011).

Ein anderer Wohlstand für alle statt Verschwendung für wenige

Schliesslich werden wir aber auch nicht darum herumkommen, die Wachstumsorientierung der Wirtschaft selbst und die Koppelung von Wachstum und Wohlstand zu hinterfragen. Vorab muss die sture Fixierung von Ökonomie und Politik aufs BIP-Wachstum durchbrochen werden. Dazu braucht es alternative Wohlstandsindikatoren. Die Einsicht, dass das Bruttosozialprodukt allein kein wesentlicher Wohlstandsindikator ist, ist zwar nicht neu. Und die misstrauische Frage, ob ständig wachsender materieller Wohlstand nicht an Grenzen stösst, und ob nicht mehr Musse die bessere Fortschrittsdividende sei, hat – lange vor der ökologischen Krise – bereits 1957 Ludwig Erhard aufgeworfen (Unmüssig 2011, 17). Einer der ersten grünen Nationalräte der Schweiz, Laurent Rebeaud, erhebt diese Einsicht gar zum Gründungsmoment der Schweizer Grünen (Rebeaud 1987, 10). Erst in jüngster Zeit allerdings suchen Länder effektiv nach brauchbaren Messgrössen als Alternativen zum BIP. Beispiele sind der Bericht von Stiglitz, Sen und Fitoussi im Auftrag des französischen Präsidenten Sarkozy (Stiglitz et al. 2009) oder die vom Deutschen Bundestag beauftragte Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität", die im Januar 2011 ihre Arbeit aufgenommen hat (Diefenbacher / Zieschank 2011).

Bei der Frage, wie Wohlstand gemessen werden kann, steht nach der Effizienz und der Konsistenz die unverzichtbare dritte Nachhaltigkeitsstrategie im Zentrum: die Suffizienz. Sie gibt Antwort auf die zentrale Frage, was denn wesentlich und was „genug" ist für ein gutes Leben. „Effiziente Technologie braucht suffiziente Menschen. Das heisst, wir müssen alle lernen, dass weniger mehr ist; wir müssen lernen zu verzichten", fassen Kaiser/Vllasaliou (2011, 92) mahnend zusammen.

Die Ökologische Krise als Katalysator der entscheidenden Debatte

Die Rede von den Grenzen der Natur und dem Peak natürlicher Rohstoffe, die Rede von den Grenzen des Wachstums, die Kritik an der Konsumgesell-

schaft und die oft moralisch aufgeladene Beschwörung einer neuen Einfachheit: Sie finden gegenwärtig langsam wieder mehr Widerhall.[3] Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber sie bergen eine politische Gefahr. In den erwähnten Diskursen nämlich wird die Tatsache verdrängt, dass die ökologische Krise im Kern auch als Verteilungskrise begriffen werden muss und somit ökologische Politik die Verteilungsfrage mit ins Zentrum zu stellen hat (Dietz / Wissen 2009, 17; Pickett / Wilkinson 2009, 245ff). Wer von „Grenzen des Wachstums" spricht, denkt oft nur an ein Innen und ein Aussen – dabei müssen ebenso die Verhältnisse im Inneren der Gesellschaft selbst konkreter in den Blick genommen werden.

Dies gilt zuerst in einem ganz banalen Sinn. Die Frage nach dem „guten Leben" lässt sich für die allermeisten Menschen in armen Ländern nicht mit einer Verzichtethik beantworten. Global betrachtet birgt die 2000-Watt-Gesellschaft für jene drei Viertel der Menschheit, welche heute weniger Energie verbrauchen (Müller 2011, 103), durchaus auch ein quantitatives Wachstumsversprechen – und sie zwingt die Industriestaaten umgekehrt zu einem drastischen Rückbau des Energieverbrauchs. Der als „Contraction and Convergence"-Modell bekannte Ansatz versucht dem gerecht zu werden, indem er fixe Obergrenzen des Ressourcenverbrauchs mit einer gleichen Pro-Kopf-Verteilung verknüpft (Jackson 2011, 177). Ähnliche Überlegungen müssten auch innerhalb einer Gesellschaft gemacht werden, um extremen und wachsenden Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Einkommensschichten vorzubeugen.

Wenn die Verteilungsfrage ernstgenommen wird, dann beeinflusst dies auch die Lesart von Suffizienz. Sie gewinnt so an politischer Sprengkraft und kann zum Katalysator für eine neue Debatte über Macht- und Verteilungsfragen werden. Umgekehrt verliert Suffizienz ihre positive politische Brisanz, wenn sie über Moralappelle „privatisiert" wird und die Verantwortung völlig den einzelnen Individuen anheimgestellt wird. Suffizienz wird damit zu einem „nachhaltigen Konsumismus" deformiert.[4]

Treffend festgehalten hat dies von Winterfeld: „Die Bedeutung der Suffizienz für nachhaltige Entwicklung liegt nicht nur und auch nicht vor allem in der positiven Ausformulierung massvollen Verhaltens. Vielmehr liegt die Stärke der Suffizienz in ihrem kritischen Vermögen: Nachhaltige Entwicklung bleibt ohne die Anstrengung der grundlegenden Veränderung gesellschaftlicher Prämissen und Strukturen insuffizient." (2007, 54)

Diesen Herausforderungen müssen sich vor allem die Grünen stellen. Effizienz- und Konsistenz-Strategien werden dadurch nicht hinfällig. Denn selbst wenn sie alleine die Umweltprobleme nicht lösen, gibt ihre entschlossene Umsetzung uns mehr Zeit für die notwendige und schwierige Debatte darüber, wie wir als Gesellschaft den strukturell-systemischen Wachstumszwang überwinden wollen.

Anmerkungen

1 Die grundsätzliche Entkoppelung des ökonomischem BIP-Wachstums vom Ressourcenverbrauch wird als „Decoupling" bezeichnet. Kalifornien hat im Bereich der Stromwirtschaft ein Decoupling-Modell seit den 70er Jahren angewandt und damit den Verbrauchszuwachs stabil gehalten – während er von 1970 bis 2008 in der Schweiz um 134 Prozent gestiegen ist.

2 Vor diesem Hintergrund ist auch Elmar Altvaters dezidierte Kritik am Öko-Keynesianismus zu verstehen. Die Alternative ist für ihn eine grundlegende „Konversionspolitik, der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung erneuerbarer, solarer Energien und solidarischer Formen der Gestaltung von Gesellschaft und Ökonomie" (Altvater 2011, 31). Vgl. auch seinen Beitrag in diesem Heft.

3 Bereits in den 70er Jahren hatte eine entsprechende Debatte stattgefunden (Glättli 2008, 93-94). Heute wird zudem in der Schweiz auch wieder die Frage nach einer Limitierung des Bevölkerungswachstums durch eine Einwanderungsbegrenzung gestellt. Dieses Revival von Malthus' Kritik des Bevölkerungswachstums erstaunt allerdings bei genauerer Betrachtung. Vorab deshalb, weil seine Befürchtungen sich schlicht als falsch erwiesen haben – durch technologischen Fortschritt wurde eine aus Malthus' Sicht unmögliche Bevölkerungsgrösse erreicht. Zudem sinkt heute weltweit bei einem bestimmten Wohlstandsniveau die Wachstumsrate der Bevölkerung. Der Ressourcenverbrauch hängt umgekehrt heute viel stärker mit dem steigenden Reichtum als mit der Bevölkerungszahl zusammen (Jackson 2011, 28). So wird man den Verdacht nicht ganz los, dass die Verwendung von „Grenz"-Rhetorik in diesem Zusammenhang der Umgehung von unangenehmen Fragen der Verteilgerechtigkeit dient (Hänggi 2011a, 13f, 30).

4 Eine ebenso unterhaltsame wie scharfe Kritik der Tendenz, die wohltätige Linderung der negativen Folgen in den Akt des Konsums selbst zu integrieren, zeigt ein kongenial illustrierter Vortrag von Zizek (2009).

Literatur

Altvater, Elmar, 2011: Folgt nach Peakoil dem fossilen ein postfossiler Kapitalismus? In: Energiekrise als Chance. Zürich, S. 16-32

Diefenbacher, Hans / Zieschank, Roland, Hrsg., 2011: Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt: Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München

Dietz, Kristina / Wissen, Markus, 2009: Kapitalismus und „natürliche Grenzen". Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise. Prokla http://www.prokla.de/Volltexte/156dietzwissen.rtf [Zugriff: 1. Juni 2011]

Gathmann, Florian / Medick, Veit, 2011: Grüne im Ausstiegs-Dilemma: AKW-Gegner fürchten die Abschaltung. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,765890,00.html [Zugriff: 1. Juni 2011]

Glättli, Balthasar, 2008: Energiewende – oder technokratische Politik? Die Grünen in der Schweiz stehen vor strategischen Entscheidungen. Widerspruch 54, Zürich, S. 93-104

Grüne Schweiz, 2011: Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)". http://www.gruenwaehlen.ch [Zugriff: 30. Mai 2011]

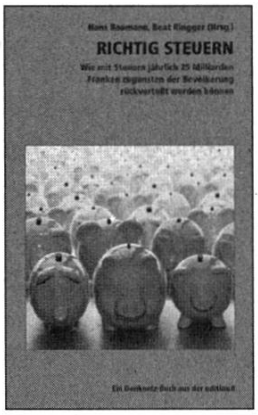
Hänggi, Marcel, 2011a: Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance. Zürich

Hänggi, Marcel, 2011b: Das kleine Einmaleins des Markts. WoZ 2.6.2011, S. 3

Jackson, Tim, 2011: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. Neuausg. München

Kaiser, Florian / Vllasaliu, Leonora, 2011: Suffizienz statt Effizienz: Schlüssel zum gesellschaftlichen Wandel hin zur 2000-Watt-Gesellschaft. In: Energiekrise als Chance. Zürich, S. 84-93

Müller, Geri, 2011: Fazit der Tagung. In: Energiekrise als Chance. Zürich, S. 102-106
OECD, 2008: Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern. http://www.oecd.org/dataoecd/45/26/41525363.pdf [Zugriff: 30. Mai 2011]
Pickett, Kate / Wilkinson, Richard, 2009: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin
Ploetz, Yvonne / Kalmring, Stefan, 2010: Instabile Reformblase. http://www.freitag.de/positionen/1031-instabile-reformblase [Zugriff: 3. Juni 2011]
Rebeaud, Laurent, 1987: Die Grünen in der Schweiz. Gümligen/Bonn
Schweizerische Energiestiftung SES, 2011: Energiekrise als Chance. Fachtagung 17. September 2010. Zürich
Stiglitz, Joseph / Sen, Amartya / Fitoussi, Jean-Paul, 2009: The Measurement of Economic Performance and Social Progress Revisited : Reflections and Overview. http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/ [Zugriff: 29. Mai 2011]
Unmüssig, Barbara, 2011: Vorwort. In: Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München. S. 17-19
von Winterfeld, Uta, 2007: Keine Nachhaltigkeit ohne Suffizienz. In: vorgänge, Heft 3/2007, S. 46-54
Zizek, Slavoj, 2009: First as Tragedy. Then as Farce. http://www.youtube.com/watch?v=hpAMbpQ8J7g [Zugriff: 2. Juni 2011]



Wer hat, dem wird gegeben.

Hans Baumann, Beat Ringger (Hrsg.): **Richtig Steuern.** Wie mit Steuern jährlich 25 Milliarden Franken zugunsten der Bevölkerung rückverteilt werden können. 240 Seiten, broschiert, Fr. 26.–, ISBN 978-3-85990-169-8, ein Denknetz-Buch aus der edition 8, erscheint Anfang September

In keinem andern Land der Welt sind die Vermögen ungleicher verteilt als in der Schweiz. Doch die bürgerlichen Eliten halten hartnäckig an ihrer Tiefsteuerstrategie fest und bevorteilen damit zusätzlich die Hyperreichen und die Grosskonzerne. Was tun diese mit den Steuergeschenken? Sie werfen sie auf die Finanzmärkte, die ohnehin massiv überkapitalisiert sind. Die Folge: Das Karussell der Spekulationsblasen dreht sich noch schneller.

Aus dem Inhalt: Krise des Steuerstaats / Die Krise der Gesellschaftlichen Investitionsfunktion / Die Schweiz vom Kopf auf die Füsse stellen / Verteilungsgerechtigkeit / Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen / Steuerhinterziehung in der Schweiz / Unternehmenssteuern / Steuern auf hohe Einkommen / Erbschaftssteuern / Bodenbesteuerung / Transaktionssteuern / Globalisierung und Standortkonkurrenz / Pauschalbesteuerung / Die Denknetz-Steueragenda.

edition 8